

**II-3929 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen**  
**des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**



**Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER**

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0

*1786 IAB*

*1986 -03- 11*

*zu 1809 IJ*

Zl. 353.110/7-III/4/86

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament  
1017 W i e n

11. März 1986

Die Abgeordneten zum Nationalrat Bergmann und Kollegen haben am 13. Jänner 1986 unter der Nr. 1809/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend frierende Frauen vor dem Kanzleramt gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Warum haben Sie die 50 Bäuerinnen, die am 7.1.1986 mit Ihnen eine kurze Aussprache über die Tatsache führen wollten, daß sich ihr Arbeitslohn innerhalb eines Jahres um 20 % verringerte, stundenlang bei Minusgraden im Freien frieren lassen, um ihnen dann mitzuteilen, Sie wären bis 'Mai ausgebucht'?"
2. Warum haben Sie auch an den nächsten Tagen Bürgern unseres Landes, die mit Ihnen reden wollten, das Gespräch verweigert?
3. Was werden Sie tun, um die Verringerung des Arbeitslohnes der bäuerlichen Bevölkerung um 20 % innerhalb eines Jahres auszugleichen?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu den Fragen 1 und 2:

Die in der Anfrage enthaltenen Behauptungen sind unrichtig. Weder habe ich jemals österreichische Staatsbürger im Freien frieren lassen, noch habe ich den angesprochenen Bäuerinnen mitteilen lassen, ich wäre bis Mai in meinem Terminkalender ausgebucht. Tatsächlich wurde den erwähnten Bäuerinnen bereits

am 3. Jänner 1986 von meinem Büro mitgeteilt, daß eine Vorsprache am 7. Jänner 1986 wegen anderer Verpflichtungen nicht möglich sein werde. Ungeachtet dieser Mitteilung führten sie in der Zeit von 9.00 - 16.00 Uhr einen Sitzstreik vor dem Bundeskanzleramt durch. Sie wurden an diesem Tag in meinem Auftrag vom Präsidialchef des Bundeskanzleramtes und von einem meiner Mitarbeiter empfangen. Im Anschluß daran wurde von meinem Büro einvernehmlich mit den erwähnten Frauen ein Termin für eine Unterredung mit mir vereinbart. Diese Aussprache hat am 15. Jänner 1986 stattgefunden, und war sicherlich für beide Seiten sehr aufschlußreich.

Auch alle anderen Delegationen von Bauern - ungeachtet der Tatsache, ob die Demonstrationen polizeilich angemeldet waren oder nicht - wurden in meinem Auftrag jeweils von einem leitenden Beamten des Bundeskanzleramtes und einem meiner Mitarbeiter empfangen.

Zu Frage 3:

Die Bundesregierung ist bestrebt, eine gleichmäßige Einkommensentwicklung aller Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unterschiedliche Entwicklungen und Tendenzen in der Produktion und auf den Weltmärkten dieses Ziel manchmal begünstigen, manchmal erschweren. Im allgemeinen ist es aber bisher gelungen, dieses Ziel zu verwirklichen. Dies gilt, wie eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung beweist, auch für die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen.

In letzter Zeit ist jedoch die Situation in der Landwirtschaft durch eine hohe Überschußproduktion gekennzeichnet, die bedeutende Mittel aus dem Staatshaushalt, aber auch von den Bauern und von den Konsumenten notwendig machen, um die Verwertung dieser Überschüsse sichern zu können. Da es sich hierbei nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt, sondern die Gefahr besteht, daß diese Überschüsse unfinanzierbar und nicht absetzbar werden, besteht die Notwendigkeit, wesentliche Elemente der Agrarmarktordnung neu zu gestalten. Wie die Autoren des Flugblattes, auf das sich die Anfrage stützt, auf einen Einkommensverlust von 20% kommen, ist mir unklar.

Ein Allgemeiner Absatzförderungsbeitrag von 60 Groschen je Liter Milch ist auch meiner Ansicht nach zu hoch. Daher fanden eingehende Beratungen über eine Änderung der Milchmarktordnung statt. Dabei wurde vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft angestrebt, den Allgemeinen Absatzförderungsbeitrag durch geeignete Maßnahmen auf ein erträgliches Ausmaß zu reduzieren. Das ist bei den Verhandlungen auch gelungen.